

SSIP Mitteilungen

Sozialwissenschaftlicher Studienkreis für internationale Probleme e.V.

Bank für Sozialwirtschaft (BLZ 100 205 00) Konto 32719

1-
3
2001

Geschäftsstelle c/o Dr. Armin Triebel Deidesheimer Straße 3 D-14197 Berlin
Fon (030) 822 83 79 Fax (030) 85 00 22 07
eMail atriebel@zedat.fu-berlin.de

Redaktion Berlin Dr. Armin Triebel Elisabeth Kallenbach
Außenstelle Bonn Dr. Dieter Danckwortt Gierolstraße 45 D-53127 Bonn
Fon (0228) 28 30 75 Fax (0228) 28 30 85

.....SSIP intern.....

Die Mitgliederversammlung

hat am 5.2. diesen Jahres bei der DSE in Bonn stattgefunden. Unsere Mitglieder erhalten mit diesen Mitteilungen das Protokoll.

Neue SSIP-Außenstelle in München

Der Sozialwissenschaftliche Studienkreis für internationale Probleme wird in Zukunft in Süddeutschland stärker präsent sein.

ANNE QUITTKAT in München hat es übernommen, sich um das interkulturelle Geschehen in Deutschlands heimlicher Hauptstadt zu kümmern und die SSIP-Mitteilungen speziell im Hinblick auf die Region Bayern zu versorgen.

Kontakt: Tel.: 089 / 62439391;

eMail: quittkatan@yahoo.com

Neue Geschäftsführerin in Berlin

Der SSIP Berlin hat auf seine Geschäftsführerin aus dem Jahr 2000, Gudrun Zöllner, verzichten müssen. An ihre Stelle ist Frau IMKEN SCHROKO

getreten, die mit Engagement die Finanz- und die Mitgliederverwaltung in die Hand genommen hat. Gegenwärtig ist sie dabei, die neue Expertendatenbank des SSIP zu füllen. Sie hilft auch dabei, den *Mitteilungen* ihre Form zu geben. Alles Gute!

Neue Kontonummer

Zur Erinnerung: Der Sozialwissenschaftliche Studienkreis für internationale Probleme e.V. hat eine neue Kontonummer:

Bank für Sozialwirtschaft (BLZ 100 205 00):
Konto 32719

Neue Rubrik

In den Mitteilungen gibt es eine neue Rubrik:

I = Internationale Tourismuspolitik

Die Betonung liegt auf "Politik". Einige andere Rubriken haben neue Leitbuchstaben erhalten.

Für diejenigen, die die Mitteilung am Bildschirm lesen: Wenn Sie die Seitenzahlen in der Inhaltsübersicht anklicken, sind Sie sofort im gewünschten Abschnitt.

Gleich ausprobieren:

... Die Themen diesmal...

Aktuelles	2
Mitteilungen	2
A. Politik Interkulturellen Handelns	2
B. Interkulturelle Bildung.....	5
C. Global Politics	6
E. Europa, europäische Identität	9
F. Aus der Forschung.....	11
G. Networking	12
I. Internationale Tourismuspolitik.....	13
J. Jugendpolitik	14
M. Migration und Ausländerpolitik.....	15
N. Nachrichten von unseren Mitgliedern....	17
T. Tagungskalender.....	18
Auch das noch.....	20

.....Aktuelles.....

Sportjugend Hessen veranstaltet Hearing

Erzieht Sport zu Fairness, Kameradschaftlichkeit, Völkerfreundschaft? Kanalisiert der Sport Gewaltausbrüche? Beugt er Aggressionsneigungen vor? Wirkt Sport integrativ? Oder fördert Sport Separation, verschärft er Abgrenzung? Vermittelt Sport autoritäre Werte? Soll man der Selbstorganisation von Ausländern in ethnischen Sportvereinen gelassen zusehen?

Kulturelle Unterschiede im Sport — Interkulturelle Begegnung durch Sport

war das Thema eines Hearings am 20. März, zu dem die Sportjugend Hessen einlud.

Personen, die in der Ausländerarbeit, in Migrantenorganisationen tätig sind, Vertreter von Sportverbänden, Übungsleiterinnen und Übungsleiter, Trainer in Sportvereinen sollten ein Meinungsbild herstellen und Empfehlungen erarbeiten.

Wie sollen kulturelle Unterschiede eine bessere Berücksichtigung im Sport finden? Welche Erfahrungen liegen mit welchen Organisationsformen vor? Wie sollte die interkulturelle Kompetenz von Trainern aussehen? Was können Lösungsstrategien bei interkulturellen Konflikten sein? Das waren einige Fragen, die Erörterung finden sollten.

Kontakt: pbrinks@sportjugend-hessen.de

.....Mitteilungen.....

A. Politik Interkulturellen Handelns

A1/01-1: Viertes "Forum Globale Fragen"

Am 24. und 25. Oktober 2000 ist im Auswärtigen Amt in Berlin zum vierten Mal das Forum Globale Fragen zusammengekommen. (vgl. *Mitteilungen* 1-4/2000: B3/00-1).

Panel 1 beschäftigte sich mit dem neuen Konzept des *global compact* (Referent JOHN RUGGIE, Assistant Secretary-General, Büro des Generalsekretärs der VN) das panel 2 mit den Zukunftsperspektiven der VN nach dem Milleniumsgipfel vom September 2000 (Referent Prof. Dr. SIBUSISO BENGU, Bot-

schafter der Republik Südafrika in Deutschland); auf panel 3 wurden konkrete Modelle nachhaltigen Wirtschaftens vorgestellt (Referentin: DR. ANGELIKA ZAHRT, Vorsitzende des BUND), und panel 4 behandelte technologische Möglichkeiten und Risiken des Internet.

Das Eingangsreferat hielt AUSSENMINISTER FISCHER. Er hob an dem Milleniumsbericht hervor, daß dieser die Menschenrechte stärker betone als national verfaßtes Recht. Ein unüberhörbares Stichwort war "regionale Verantwortung". Er warnte mehrfach, daß globale Probleme wie ungleiche Verteilung von Zukunftschancen, ökonomische Disparitäten und Ausbeutung der natürlichen Ressourcen unweigerlich auf die Industrieländer zurückschlagen werden, wenn sie ungelöst bleiben. Fischer setzte mit dem Begriff der **Zivilgesellschaft** den Leitakzent für die Tagung, die aber zu sehr eine "politische" Veranstaltung blieb, als daß man es hätte wagen dürfen zu klären, was unter diesem Begriff verstanden werden sollte. Es herrschte jedenfalls Einigkeit darüber, daß zukunftsfähige Problemlösungen nur aus einem Zusammenwirken von nationalen Regierungen, globalen Unternehmen und bürgerschaftlich engagierten NRO's erwachsen können.

Dies war das Hauptargument in dem Vortrag der Stellvertretenden Generalsekretärin der VN, LOUISE FRÉCHETTE; und dies ist auch der Kern des Begriffs **global compact**, den Kofi Annan im Juli in die Diskussion gebracht hat. Von der Entwicklung einer neuen "**Verantwortungskultur**" und dem Aufbau einer *participatory global order* hängt die Zukunft der VN ab. Darin ließ sich auch das Referat von Botschafter Bengu zusammenfassen.

Wenn es eine programmatische Klammer, die von den weltpolitischen Reflexionen bis zur ersehnten Rettung des Rhön-Schafs im Biospären-Reservat Rhön reicht, gegeben hat, dann war es die Betonung von Politik und demokratischer Kommunikation noch vor der Wirksamkeit wirtschaftlicher Strukturen, die dieses Vierte Forum Globale Fragen im Außenamt kennzeichnete.

AT

A2/01-1: Autoritäre Mentalität der bürgerlichen Mitte

Rechtsextremismus wird gerne als Unterschichtenphänomen verstanden. Eine Re-

präsentativumfrage des Münchener Institut Polis für eine Studie der Friedrich Ebert Stiftung über die "Gesellschaftliche Akzeptanz von Rechtsextremismus und Gewalt", belegt, daß der Rechtsextremismus bei der sozial schlechter gestellten Bevölkerung besonders verbreitet ist, aber auf einer Basis stark autoritärer Mentalität der bürgerlichen Mitte aufbaut.

Recht und Ordnung in Deutschland halten über die Hälfte der Bevölkerung sowohl im Westen (55%) als auch im Osten (76%) für gefährdet und die Forderung nach einer starken Hand unterschreiben über 60 % der Deutschen. Diese latent autoritären Einstellungen sind kein Phänomen des Ostens, sondern wurden auch schon in früheren Studien, wie der Sinus-Studie von 1981, belegt. Diese Studie bestimmte ein autoritär gestimmtes Potential in Westdeutschland von 37%, wobei sie 13% der damaligen Wahlbevölkerung ein ideologisch geschlossenes rechtsextremes Weltbild zuordnete.

Der Ausländeranteil in Deutschland wird dabei von der Bevölkerung extrem überschätzt. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung vermutet einen Prozentsatz über 11%, und ein Zehntel der Bevölkerung schätzen den Ausländeranteil zwischen 31 und 45% — tatsächlich sind es bundesweit 9%.

Auch die Annahme, daß Ausländer durch ihr Verhalten selbst die Ausländerfeindlichkeit provozieren, vertritt die Hälfte der Befragten.

Unterschiede zwischen Ost und West-Deutschland sind in der Umfrage durchaus greifbar. In Ostdeutschland gibt es eine stärkere Angst vor dem Fremden und ein starkes Gefühl der Orientierungslosigkeit, was sich in Aggression und Fatalismus niederschlägt. Die Zahlen, die die Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung liefert, zeigt jedoch ein allgemein deutsches Problem und erlaubt nicht die Zuweisung des Rechtsextremismus in die neuen Länder.

Siehe dazu auch N1/01-1.

Quelle: Die Zeit (20.12.2000, Gunter Hofmann) / Elk

A3/01-1: Demokratisierung hat ambivalente Auswirkungen

Das Heidelberger Institut für Konfliktforschung erforscht seit neun Jahren systematisch Kriege und Krisen der Welt. Einmal im

Jahr werden die Daten in einem Konfliktbarometer veröffentlicht. Besonders attraktiv macht die Forschung des Heidelberger Instituts die Verwendung von statistischem Material, welches bis ins Jahr 1945 zurückreicht, so daß sich langfristige Entwicklungen und Trends von Krieg und Gewalt beobachten lassen.

Auf lange Sicht zeigt sich, daß die Welt in den vergangenen 50 Jahren **nicht kriegerischer** geworden ist, auch wenn die Zahl der gewaltsamen Konflikte insgesamt zugenommen hat. Gemessen an der gestiegenen Zahl der Staaten wäre nämlich ein viel höheres Konfliktpotential zu erwarten. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Zahl der blutigen Konflikte sogar gering zu nennen. Der klassische Krieg zwischen Staaten ist seit den 60er Jahren selten geworden. Im Jahr 2000 konnte nur der Krieg zwischen Eritrea und Äthiopien dieser Kategorie zugeordnet werden. Dieser Rückgang zwischenstaatlicher Kriege ist nach Ansicht des Autors auf die zunehmende Demokratisierung der Staatenwelt zurückzuführen. Tatsächlich gab es zwischen demokratischen Staaten seit 1945 keine Kriege mehr.

Der Kampf um nationale Macht oder um Rohstoffe steht erst an vierter und fünfter Stelle der Konfliktursachen. Heute kommt der Krieg von innen: als **Bürgerkrieg** und Kampf um politische und kulturelle Autonomie innerhalb nationaler Grenzen. Auch diese Entwicklung weist auf zunehmende Demokratisierung hin; denn erst die Liberalisierung der Staaten gibt Volksgruppen und Regionen die Möglichkeit, ihre Autonomie oder Unabhängigkeit zu äußern. Diese Kriege sind meist sehr langwierig, flammen immer wieder auf und entwickeln eine starke Eigendynamik.

Das Konfliktbarometer des Jahres 2000 zeigte, daß Amerika und Europa relativ gewaltfreie Gebiete darstellen, sieht man von den Kriegen in Kolumbien und Tschetschenien ab. Speziell in Europa waren die gewaltsamen Konflikte im **Kosovo** und im **Baschkienland** sowie etliche "kleine" Brandherde in **Georgien**, **Moldawien**, **Korsika** allerdings schon schlimm genug.

Die meisten Kriege (8) zählte das Institut in Afrika. Die Bürgerkriege u.a. in Kongo, Burundi, Angola oder Sudan forderten vor allem

in der Zivilbevölkerung viele Opfer. 40 Konflikte als "Problemlösungen" zählte das Institut in Asien. Kriege i.e.S. gab es zwar nur in Sri Lanka und Afghanistan; aber der asiatische Kontinent leidet unter der schwelenden Auseinandersetzung zwischen Indien und Pakistan mit der immer drohenden Möglichkeit des Einsatzes von Atomwaffen.

Quelle: FAZ (27. 12. 2000) / Elk

A4/01-1: Rechtsradikalismus und SSIP

Matthias Otten (SSIP, Institut für Angewandte Kulturwissenschaft der Universität Karlsruhe (TH) weist auf den link zu einem aktuellen Literaturbericht zum Thema Rechtsradikalismus aus dem Informationszentrum Sozialwissenschaften in Bonn hin.

Nun kann man fragen, inwiefern Rechtsradikalismus ein Thema des SSIP ist. Zweifellos unter dem Gesichtspunkt, daß Rechtsradikale eine extreme Form der Herstellung sozialer Abgrenzungen in der politischen Sphäre praktizieren. Und zu diesem Thema findet man in der **Literaturübersicht**, die **Helmut M. Artus** (Bonn, November 2000, ca. 100 S.) aus den IZ-Datenbanken SOLIS und FORIS als Internet-Aufsatz zusammengestellt hat, interessante Hinweise auf Literatur wie auf laufende Forschungsprojekte.

Der Literaturbericht ist in neun Kapitel gegliedert. Im ersten Kapitel werden Veröffentlichungen und Forschungsprojekte zu Erscheinungsformen von Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit referiert. Das sechste Kapitel widmet sich der Publizistik der Neuen Rechten und der Rolle der Massenmedien in einer multikulturellen Gesellschaft. Im siebten Kapitel geht Artus auf Autoren ein, die den Rechtsradikalismus im Ausland oder international vergleichend behandeln. Die Darstellungen in den letzten beiden Kapiteln betreffen Erklärungsansätze und die Frage des Abbaus von Rechtsradikalismus in der Gesellschaft. Natürlich geht Artus auf die Behandlung des Problems im Internet ein und nennt interessante Hyperlinks.

Link: <http://www.bonn.iz-soz.de/publications/periodicals/fokus/rechtsradikalismus/index.htm>

Quelle: Otten / MÜ-J / AT

A5/01-1: Förderung lokaler Initiativen gegen Rechtsextremismus

Zu diesem Zweck will die Bundesfamilienministerin Bergmann mehr Geld ausgeben. Für das Jahr 2001 sind zusätzlich 40 Mill. DM eingestellt worden. Damit sollen Bürger- und Jugendinitiativen, politische Cafés, Arbeitsgemeinschaften unterstützt werden. Die Familien-Expertin der CSU, Maria Eichhorn, forderte, die Jugendverbandsarbeit dürfe nicht nur "projektbezogen" sein, sondern Verbände, in denen Menschen verschiedener Herkunft zusammenkommen, müßten auf Kontinuität angelegt sein.

Quelle: Berl.Ztg. (10./11.2.2001), S.6

A6/01-1: Das erste türkisch-deutsche Branchenbuch

Für Nordrhein-Westfalen ist das erste türkisch-deutsche Branchenbuch erschienen: der "Rehber NRW 2001" (Auflage 120.000). Das ist das erste Produkt des Zusammenschlusses zweier Unternehmen, der Sutter-Gruppe in Essen und der SeS media & communications GmbH in Köln, die **SeS&Sutter Mediengesellschaft für interkulturelle Kommunikation mbH** gebildet haben.

Das ist gut und praktisch — aber behalten wir im Auge: was an interkultureller Kommunikation wichtig ist, spielt sich nicht in Branchenführern ab, und interkulturelles Handeln ist nicht *marketing*.

Kontakt: Tel. Essen 0201 / 83 16-001; Tel. Köln 0221 / 92 01 01-0; www.rehber-nrw.de

A7/01-1: Ein Zeichen interkultureller Politik in der Mitte Berlins?

Was geschieht mit dem Schloßplatz, wo die DDR auf den Fundamenten des Schlosses der preußischen Könige 160.000m² plattiertes Ödland für Volksaufmärsche anlegte?

Der Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, KLAUS DIETER LEHMANN, hat jetzt einen hinreißenden Vorschlag ins Gespräch gebracht. Aus seiner Randlage im Süden Berlins soll in die Mitte der deutschen Hauptstadt das Museum der außereuropäischen Kulturen verlegt und ein Mittelpunkt für Gastronomie, Freizeit und Theater aller Kulturen werden. Ein Veranstaltungsort, der fremde Kulturen nicht musealisiert, sondern

in die Mitte Deutschlands einlädt und für jedermann in ihrer Eigenständigkeit erlebbar macht.

Kontakt: Prof. Dr. Klaus-Dieter Lehmann, Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Von-der-Heydt-Str. 16-18, 10785 Berlin

A / V. Veröffentlichungen

A8/01-1: Gerechter Frieden. Hrsg.: Deutsche Bischofskonferenz.

Deutsche Bischöfe fordern eine ethische Neubegründung der Politik. "Gerechter Frieden" ist der Titel einer neuen Publikation der Deutschen Bischofskonferenz. Auf 120 Seiten werden das Leitbild einer ethischen Neufassung von Friedenspolitik, eine Analyse heutiger Konfliktursachen und Möglichkeiten einer "Versöhnung" entworfen. Die letzten Gründe von Unfrieden werden innerhalb des Staates und in einer ungerechten Sozial- und Wirtschaftspolitik gesehen.

Kontakt: Kaiserstr. 163, 53113 Bonn, Tel.: 02 28 / 103-0, Fax: 02 28 / 103-299.

Quelle: DWO

B. Interkulturelle Bildung

B1/01-1: Erfolgreiche Didaktik gegen Rechtsradikalismus

Das sozialpädagogische Bildungszentrum im pfälzischen Landau hat über Erfolge in der Umstimmung rechtsradikaler Jugendlicher berichtet. Ausgerechnet einem Schwarzafrikaner und Muslim, den das frühere "Katholische Jugendwerk St. Joseph" eingestellt hatte, ist es gelungen, straffällig gewordenen jungen Rechtsradikalen Ordnung, Disziplin und Selbstbewußtsein beizubringen, ihnen einen Lebenssinn zu geben und sie aus der Verwicklung in rechtes Gedankengut herauszuholen.

Ein Artikel im *Parlament* (1.12.2000, S.14) beschreibt die Erziehungsmethoden in dem Erziehungsheim, in dem die Jugendlichen unter der Aufsicht von Erziehern wie jenem Ghanaer, der seit 13 Jahren in Deutschland lebt und seit 7 Jahren in dem "Jugendwerk" arbeitet, in kleinen Gruppen wohnen und

zusammenleben und eine solide handwerkliche Ausbildung bekommen.

Quelle: DWO

B2/01-1: Das amerikanische Deutschlandbild

Das amerikanische Deutschlandbild wird immer noch stark durch seine nationalsozialistische Vergangenheit bestimmt. Geprägt wird es durch eine Berichterstattung, bei der selbst unpolitische Nachrichten aus Deutschland immer wieder Hinweise auf diese Zeit enthalten, da dies die Zentralredaktionen in Amerika so verlangen. Auch amerikanischen Schülern wird bewußt ein einseitiges negatives Deutschlandbild durch z.B. Pflichtkurse über den Holocaust, vermittelt. Dagegen spielt die Veränderung Deutschlands nach 1945 im Unterricht kaum eine Rolle.

Diesen Gegebenheiten hat sich das **Armonk-Institut** in New York entgegengestellt. Dank dessen jahrelangen Bemühungen erfahren nun die Schüler einiger Bundesstaaten auch von den Unterschieden zwischen dem damaligen und heutigen Deutschland. Allerdings stehen dem Institut nur unzureichend Mittel zur Verfügung.

Quelle: FAZ (19.12.2000), S.13

B3/01-1: Integrationsauftrag der Grundschulen

Das staatliche Schulamt Stuttgart hat einen Antrag des Islamischen Sozialdienst- und Informationszentrum e.V. auf Genehmigung einer islamischen Grundschule abgelehnt. Die Ablehnung wurde vor allem damit begründet, daß Grundschulen einen Integrationsauftrag hätten und Kindern aller Volksschichten zumindest in den ersten Klassen gemeinsam unterrichtet werden sollten. Eine islamische Bekenntnisschule fördere dagegen die Abschottung von Staat und Gesellschaft und erfülle den Integrationsauftrag nicht.

Quelle: FAZ (8.12.200), S. 6

B4/01-1: Interkultureller Austausch — "Schritt für Schritt", eine deutsch-französisch-polnische Ausbildung

Ein dreiteiliges Seminar für Studierende und PraktikerInnen aus der Bildungsarbeit, die

als Teamer im interkulturellen Bereich arbeiten oder internationale Begegnungen durchführen möchten, bietet das Internationale Jugendbegegnungszentrum in Wrocław. Die Ausbildung, die in drei Phasen in Frankreich, Deutschland und Polen durchgeführt wird, umfasst u.a. Themenbereiche wie Gruppenpädagogik, Vorurteile, Konflikte, Auswertung, und interkulturelles Lernen. Sprachanimation, ein Planspiel zur Abwicklung einer internationalen Maßnahme sowie die Geschichte und Arbeitsweise der Deutsch-Französischen bzw. Deutsch-Polnischen Jugendwerks gehören ebenso zum Programm. Nach erfolgreicher Teilnahme wird ein anerkanntes Zertifikat für die Teamerausbildung verliehen.

Die Termine: 6.–13. 4. 2001 (Sète), 8.–5.9.2001 (Berlin); Januar 2002 (Wrocław).

Information und Anmeldung: Internationales Jugendbegegnungszentrum O.Ś. AZS Wrocław: ul. Baudouin de Courtenay 16, PL-51-606 Wrocław; Tel.: 0048/ 71/ 3728729, Fax: 0048/71/3728002.

Quelle: Deutsch-Polnisches Jugendwerk, Info Nr. 1 (5)/ 2001

B / V. Veröffentlichungen

B6/01-1: Nodes, Wilfried, Das "Andere" und die "Fremden" in der Sozialen Arbeit. Verlag für Wissenschaft und Bildung, Berlin 2000, 159 S., DM 34.

Das Buch wertet eine empirische Befragung von Beschäftigten in der sozialen Arbeit und in der Arbeit mit Migranten und ermittelt inwieweit die Untersuchten "politisch-institutionelle Diskurse übernehmen" oder "spezifische Antworten auf gegen Minderheiten gerichtete Ausgrenzungspraktiken entwickelt haben". Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass viele Beschäftigte in der Migrationssozialarbeit Träger eines "wohlmeinenden" Ethnozentrismus sind. Der Autor fasst seine Ergebnisse in Thesen zusammen und entwickelt daraus neue Sichtweisen in der Migrationssozialarbeit.

(nach Rezension von Jürgen Haberland in ZAR 5/2000)

C. Global Politics

C1/01-1: Gerd-Bucerius-Stipendien

Die Zeit-Stiftung hat ein Stipendienprogramm "**Deutschland und seine östlichen Nachbarn – Beiträge zur Europäischen Geschichte**" ausgeschrieben. Damit sollen speziell Dissertationen zur Geschichte der Beziehungen der Deutschen und ihrer mittel- und osteuropäischen Nachbarn in vergleichender Fragestellung gefördert werden. Angesprochen sind Absolventen aller an den Geschichtswissenschaften beteiligten Disziplinen im deutschen Sprachraum, aber auch darüber hinaus.

Es geht dabei vor allem darum, zur Auseinandersetzung mit dem historischen Raum und seinen Problemstellungen zwischen Mittelalter und Zeitgeschichte anzuregen und sie als Beitrag zu einer gemeinsamen europäischen Geschichte zu begreifen. Zudem soll damit der wissenschaftliche Austausch nach und aus Osteuropa intensiviert werden.

Das mit DM 1800,- dotierte Stipendium wird zunächst auf zwei Jahre vergeben. Programmstart ist der 1.6.2001.

Kontakt: www.zeit-stiftung.de

Quelle: HUMANITIES - SOZIAL- UND KULTURGESCHICHTE H-SOZ-U-KULT (<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de>)

C2/01-1: Menschenrechte

Die Carl-von-Ossietzky-Medaille der Internationalen Liga für Menschenrechte ging in diesem Jahr an zwei Brandenburger Initiativen sowie dem Tagesspiegel-Journalist Frank Jansen. Der undotierte Preis, der seit 1962 an Personen oder Gruppen verliehen wird, die sich um die Verteidigung der Menschenrechte verdient gemacht haben, ehrte den Journalisten Frank Jansen für seine kritische Auseinandersetzung mit rechtsextremen Tendenzen, den Brandenburger Verein "Opferperspektive", der seit 1998 Opfer von rechter Gewalt im Land Brandenburg unterstützt sowie die Selbsthilfegruppe "Brandenburger Flüchtlinge", die sich um die Verbesserung der Situation von Asylbewerbern und Migranten kümmert.

Quelle: Das Parlament (15.12.00)

C3/01-1: Flüchtlingswerk wird 50 Jahre

Das UN-Flüchtlingshilfswerk feiert seinen 50. Geburtstag. Eigentlich sollte sich die Organisation nach Beseitigung des Flüchtlingsproblems im Nachkriegseuropa wieder auflösen. Doch hat die Organisation bis heute alle Hände voll zu tun. Immer neue Konflikte, die Vertreibung, Flucht und Elend nach sich ziehen, haben von der UNHCR 50 Jahre Einsatz verlangt. Zum Jubiläum veröffentlichte die UNHCR eine ausführliche Dokumentation ihrer Tätigkeiten und Einsätze. (Der hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen: Zur Lage der Flüchtlinge in der Welt. 50 Jahre humanitärer Einsatz. Dietz Verlag, Bonn 2000. 344 S. 36.- DM)

Quelle: FAZ /Elk

C4/01-1: Einfalt oder Vielfalt? Haben wir zu viele Trägerorganisationen?

Die sogenannte "Bereinigung des Vorfeldes" der privaten Träger der Entwicklungszusammenarbeit geht von der Vorstellung aus, daß zu viele Köche den Brei verderben und es leichter ist, wenige Organisationen zu koordinieren bzw. zur Zusammenarbeit zu

bewegen. Genau das Gegenteil ist richtig - sagt VENRO, der freiwillige Zusammenschluß von 100 Nichtregierungsorganisationen in Bonn. Erst die Berücksichtigung der gesellschaftlichen Pluralität in Deutschland ermöglicht eine breite Partizipation aller Bevölkerungsgruppen. (VENRO, Tel.: 02 28 / 94 67 7-0, Fax: 02 28 / 94 67 7-99)

Quelle: DWO

C5/01-1: Bundeshaushalt 2001: 7,426 Milliarden für das BMZ

Der Bundeshaushalt 2001 sieht eine Erhöhung des BMZ-Titels 23 von 7,1 Milliarden DM auf 7,46 Milliarden vor. Der Etat des Auswärtigen Amtes soll 4,14 Milliarden betragen, aber auch der Wirtschafts-, Forschungs- und Umweltbereich enthält wichtige Vorhaben internationaler Zusammenarbeit im Sinne der Agenda 21. Trotzdem sind dies im Rahmen eines Gesamthaushaltes von 477 Milliarden DM bescheidene Beträge, wenn man bedenkt, daß allein die Bundesschuld 81 Milliarden beträgt.

Quelle: DWO / FAZ(02.12.2000)

2001 — Das UN-Jahr gegen Rassismus

Der Interkulturelle Rat in Deutschland bot am 17. Januar 2001 mit seiner 14. Interkulturellen Konferenz im Gewerkschaftshaus Frankfurt am Main ein Forum für Experten

Vom 31. August bis zum 7. September wird in Durban (Südafrika) eine **Weltkonferenz gegen Rassismus** stattfinden. Sie folgt einem Beschluß der Generalversammlung der Vereinten Nationen von 1997 (Resolution 52/111). Sie soll nach dem Willen der Generalversammlung Rassendiskriminierung und fremdenfeindliche Intoleranz "ausrotten" und eine "weltumfassende Vision für den Kampf gegen Rassismus" entwickeln (so der Tagungsflyer). Die Bundesregierung (Auswärtiges Amt, Kontakt: Legationsrat I HERMANN NICOLAI) hat soeben einen Fonds von 50.000,- DM eröffnet, um daraus an NROs Zuschüsse für Vorbereitung und Teilnahme zu zahlen. Es ist, wie DR. AXEL WÜSTENHAGEN vom *United Nations Information Center* (UNIC), Bonn (Kontakt: www.uno.de), erläuterte, die dritte Weltkonferenz zum Thema, nachdem die Generalversammlung auf der Internationalen Menschenrechtskonferenz in Teheran 1963 gegen Rassendiskriminierung Front gemacht hatte. Die ersten beiden Weltkonferenzen fanden in Genf 1978 und 1983 statt. Beide brachten, wie Hermann Nicolai kritisch anmerkte, keine großen Erfolge, sondern litten unter politisch instrumentalisierten Verengungen. Die Erwartung der Bundesregierung geht jetzt dahin, die Themen der Konferenz so offen wie möglich zu halten und an den Schwerpunkten **Asylrecht** und Umgang mit **Migration** festzuhalten. Die politische Formel lautet "*comparable intolerance*". Nach dem Wunsch der Bundesregierung soll jetzt wirklich die Umsetzung internationaler Normen gegen Rassismus, das Verbot rechtsradikaler Organisationen und das Vorgehen gegen Provider im Internet angepackt werden.

Die Menschenrechtskommission der UN unter der Leitung der Hohen Kommissarin Mary Robinson fungiert als Vorbereitungsausschuß. Das erste der zwei **Vorbereitungstreffen** fand 1.-5.5. 2000 in Genf statt, das zweite wird 21.5.-1.6. 2001 ebenfalls dort stattfinden. Die **Europäische**

Regionalkonferenz zur Vorbereitung tagte am 11.-13.10. in Straßburg. Die Abschlußpapiere von deren vier Arbeitsgruppen sind unter www.ecri.coe.int/en/sommaire.htm nachzulesen. Der Interkulturelle Rat will – auch im Internet (www.interkultureller-rat.de) – über alle Aktivitäten im Zusammenhang mit der Antirassismus-Konferenz informieren. DR. JÜRGEN MICKSCH (Interkultureller Rat und Ev. Kirche in Hessen und Nassau) beklagte in seinem Einführungsreferat, daß in Deutschland so gut wie keine Programme gegen Fremdenfeindlichkeit durchgeführt werden, ja daß solche im Grunde erst entwickelt werden müßten. Die meisten interkulturell engagierten Gruppen arbeiten in Deutschland unterhalb der Subsistenzlinie. Dabei gehöre die Bundesrepublik zusammen mit Belgien und Dänemark zu den Ländern, wo fremdenfeindliche Einstellungen am stärksten ausgeprägt seien.

In der Nachmittags-Session der Konferenz in Frankfurt stellten sich Organisationen, die in der antirassistischen Arbeit aktiv sind, vor; allen voran der Interkulturelle Rat selber. Die "**Aktion Gesicht zeigen e.V.**" (Berlin) stellte ihre Geschäftsführerin SOPHIA OPPERMANN vor. Der Geschäftsführer von "**Pro Asyl**" (Frankfurt), GÜNTER BURKHARDT, der auf die "neuen" Formen von Rassismus hinwies, betonte die strukturelle Eigenschaft von Rassismus, der sich keineswegs nur in manifester körperlicher Gewalttätigkeit äußere. Die **Bürgerinitiative "Bunt statt Braun"** (Rostock) berichtete über ihre erfolgreichen Projekte in dieser Stadt, die zur Chiffre fremdenfeindlicher Ausschreitungen geworden ist. Die Bürgerinitiative bemüht sich derzeit, ein "buntes Netzwerk" der vielen, in ihrem Engagement einmütigen Initiativen herzustellen, um gemeinsame Kompetenzen und Ressourcen zu schaffen. BERND FECHLER skizzierte die Arbeitsbereiche, die aus der Perspektive der "**Jugendbegegnungsstätte Anne Frank**" (Frankfurt) wichtig sind: die Geschichte als Medium der Bildung benutzen (in Form von Ausstellungen und der Begegnung mit Zeitzeugen), den Dialog zwischen den Angehörigen unterschiedlicher Kulturen und Generationen zu fördern, um "das Miteinanderauskommen" zu üben, und "Menschenrechtsarbeit" in Form von Training für Zivilcourage zur Konfliktbearbeitung. Die Berliner Vertretung von **Aktion Courage e.V.** unterstützt im Augenblick v.a. drei Projekte in den Bereichen: Verständigung mit dem Islam, betriebliche Ausbildung und Rassismus in der Schule. Ein Vertreter des **Landessportbundes Hessen** fügte diesen Aktionsfeldern noch das interessante vierte des Sports hinzu (s.o. "Aktuelles"). PETER BRINKS sucht die Diskussion mit Experten für interkulturelle Kommunikation von außerhalb des Sports, weil er sich gerade von diesen wertvolle Orientierungspunkte verspricht. In der Gewerkschaftsszene gibt es inzwischen viele Aktivitäten, die Verständigung mit nicht-deutschen Belegschaftsangehörigen zu fördern, wie aktive Gewerkschaftsmitglieder aus der **IG Metall** und der **IG Bergbau-Chemie-Energie** zeigten. Für die **Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit** und die Vereinigung **Schriftsteller gegen Rassismus** setzte PETRA KUNIK deutliche Akzente. "Wir brauchen", sagte sie zur Praxis interkultureller Aktivitäten, "in den Städten Netzwerke zur Abstimmung unserer Aktionen". Und die Frage des Konzeptes interkultureller Arbeit bestimmte sie durch das Ziel, Andersartigkeit anzuerkennen und zu respektieren. "Menschen unterschiedlicher Herkunft haben unterschiedliche Werte." Davon habe man auszugehen.

Nicht nur hier, wo das Problem der zu unterstellenden Universalität gewisser Grundwerte direkt angesprochen ist, wurde an diesem Nachmittag deutlich, daß die konzeptuellen Entscheidungen, auf denen auch im internationalen Rahmen erfolgreiche Aktionsprogramme fußen müssen, keineswegs ausdiskutiert sind.

Der Interkulturelle Rat ist ein erfolgreiches Netzwerk engagierter Menschen, das in bemerkenswert kurzer Zeit eine Vielzahl von Verbindungen zu wichtigen Organisationen, auch über die Grenzen der Bundesrepublik hinweg, aufgebaut hat. Veranstaltungen wie diese "14. Interkulturelle Konferenz" sind notwendig für den Erfahrungsaustausch und für Vernetzungen, die ohne persönliche Kontakte nicht funktionieren. Natürlich wäre es

gleichwohl blauäugig, darüberhinweg zu sehen, daß es auch unter den für einen guten Zweck engagierten Menschen wie überall auch die Neigung gibt, eigene Interessensfelder abzustecken und in groups zu bilden und diese gegenüber jenen, die man als nicht zur gewachsenen Gruppe gehörig definiert, abzuschließen. Das wird jeder forcierten Netzwerkbildung natürliche Grenzen setzen.

C6/01-1 AT

C / V. Veröffentlichungen

C7/01-1: Weltkulturen unter Globalisierungsdruck. Erfahrungen und Antworten aus den Kontinenten. Hrsg: Rainer Tetzlaff. Aus der Reihe Eine Welt – Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bd. 9. Dietz Verlag 2001, 1. Auflage 2000, 384 S., DM 24,80, ISBN: 3-8012-0281-X.

C8/01-1: Globaler Wettbewerb und wirtschaftliche Ordnungspolitik. Mit einem Vorwort von Bundespräsident Johannes Rau. Hrsg: Reimut Jochimsen. Aus der Reihe Eine Welt – Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bd. 10. Dietz Verlag. 1. Auflage 2000, 295 S., DM 24,80, ISBN: 3-8012-0289-5.

E. Europa, europäische Identität

E1/01-1: Politische Bildung in einem zusammenwachsenden Europa

Die Einwohner der einzelnen europäischen Mitgliedstaaten betrachten die EU oft als ein schwer verständliches und komplexes Gebilde, welches ihrem Leben fern steht. Den Aufbau einer Loyalität europäischer Bürger untereinander fördert das nicht gerade. Dies zeigen Einstellungsuntersuchungen der Forschungsgruppe *Jugend und Europa* am CAP.

Daraus folgt, daß europabezogene Bildungsarbeit **mehr Transparenz** schaffen muß. Denn insbesondere Jugendliche können den Bezug der europäischen Politik zu ihrer Lebensrealität kaum nachvollziehen. Dabei stehen im Mittelpunkt europäischer Bildungsziele naturgemäß die demokratische Gestaltung der EU und die Mitwirkungsmöglichkeiten ihrer Bevölkerung, auch wenn die-

se Ziele noch weit davon entfernt sind, in der Praxis der europäischen Politik tonangebend zu sein. In einem vernetzten Europa sollen schließlich Bürger leben, die eigenverantwortlich und demokratisch handeln können. Die Stärkung der europäischen Dimension innerhalb der EU kann durchaus z. B. durch die Förderung der Aus- und Fortbildung für Multiplikatoren oder durch eine konsequent europäische Ausrichtung der Bildungsarbeit erfolgen.

Es scheint jedoch manchmal, als sei politische Bildung nicht mehr "marktfähig" und müsse sich um ein neues Image kümmern. Bislang ist sie an den Bedürfnissen der Erwerbsgesellschaft orientiert; müssen sich Bildungsträger doch zunehmend an Maßstäben wie Effektivität, betriebswirtschaftlichem Kosten-Nutzen-Ausgleich und Markterfolg messen lassen. Einsparungen bei Personal führen mehr und mehr zu Beeinträchtigungen bei der Qualitätssicherung. Die Konzentration auf Gesichtspunkte von Marketing sowie die zunehmende Tendenz zur kurzfristigen Projektförderung beeinträchtigen eine kontinuierliche politische und pädagogische Arbeit. Ein Interesse an Jugendbildung mit langer Perspektive muß neben angemessener finanzieller Ausstattung wieder stärker zur Geltung kommen.

Quelle: ity / CAP-Panorama (München) 1/2010, S.4 /at

E2/01-1: Tradition Ost-Mitteleuropa erhalten!

Polen, Tschechien und Ungarn gelten als kommende EU-Mitglieder im Rahmen der Osterweiterung. Die Verhandlungen über den EU – Beitritt sind fortgeschritten. Besonders Polen gilt dabei als eine der attraktivsten Wachstumsregionen und ein wichtiger östlicher Handelspartner für Deutschland. Anlässlich des Gedenkens des historischen Besuchs Willy Brandts in Warschau vor 30 Jahren, betonte Bundeskanzler Schröder Anfang Dezember vor den Kammern des Parlaments in Warschau, daß es ein geschichtliches Muß sei, Polen bei einem

möglichst raschen Beitritt zu unterstützen. Die tiefe Verwurzelung Polens mit Europa und das "Gebot historischer Gerechtigkeit" verlange dies.

Welche mitteleuropäischen Staaten jedoch zuerst beitreten sollen, sollte nicht allein eine Frage der Geschichte und der wirtschaftlichen Attraktivität sein. Diese Meinung vertritt auch die Visegrád-Gruppe, ein Zusammenschluß der mitteleuropäischen Länder Slowakei, Polen, der tschechischen Republik und Ungarn. Nachdem die Slowakei 1998 aus der selbstgewählten Isolation herausgetreten ist und wieder den Beitritt zur Europäischen Union und zur NATO betreibt, zeigt diese Kooperation ein neues starkes Bewußtsein des Zusammenhalts. Als "regionale Großmacht" ist die gemeinsame Integration in die EU leichter zu bewerkstelligen und erhält historisch gewachsene und nach wie vor funktionierende Infrastruktur und Traditionen. Dieses gemeinsame Potential würde durch verschiedenen Beitrittstermine der Kandidaten erheblich gestört und würde zu einer Zersplitterung führen. Die Visegrád-Gruppe setzt sich dafür ein, die Traditionen der mitteleuropäischen Region zu erhalten und erstrebt einen gemeinsamen Eintritt von 5-7 Ländern der Region. Auch soll die Visegrád-Gruppe nach dem Beitritt in die EU als regionale Kooperation mitteleuropäischer Länder erhalten bleiben und somit gemeinsamen Anliegen besser Nachdruck verleihen können.

Quelle: FAZ (07.12.2000, 11.12.2000) /Elk

E3/01-1: Deutschunterricht im Kindergarten in NRW

Schulministerin Gabriele Behler will in Nordrhein-Westfalen dafür sorgen, dass Migrantenkinder schon im Kindergarten-Alter einen ausreichenden Deutsch-Unterricht erhalten. Ohne die Sprachkenntnisse sei eine Integration nicht denkbar. Eine Teilnahmepflicht lehnte Behler aber zunächst ab.

Quelle: DPA (03.01.2000)

E / V. Veröffentlichungen

E4/01-1: Europa erleben. Internationale Seminarreihe für die Jugendarbeit. Hrsg: Rubeena Esmail-Arndt / Florian Polenz /

Barbara Tham. (München 2000), 117 S., DM 15,-, ISBN: 3-933456-05-3.

Die Publikation dokumentiert eine internationale Seminarreihe, die gemeinsam vom Bayerischen Jugendring und der Forschungsgruppe Jugend und Europa am CAP initiiert und unter anderem durch das Programm *Jugend für Europa* unterstützt worden ist. Im Mittelpunkt der Seminare stand das Thema Europa und die Frage, wie dieses Thema mit jugendrelevanten Methoden in der internationalen Begegnungsarbeit umgesetzt werden kann. Zielgruppen waren Fachkräfte und Multiplikatoren der internationalen Jugendarbeit aus Italien, Spanien, Deutschland und der Tschechischen Republik. In der Dokumentation werden die Planung, die Organisation und ein allgemeiner Erfahrungsaustausch bei der Durchführung der EU-Seminare dargestellt. Die Programme, Inhalte und Methoden, mit denen das Buch bekannt macht, sollen als Anregung und Beispiel dienen, wie Europa Jugendlichen in der internationalen Jugendarbeit veranschaulicht werden kann. Einzelne Programmbausteine können zu Tagesangeboten, Wochenendseminaren oder Europäischen Jugendwochen zusammengestellt werden.

Dieses Buch klingt interessant auch für Studenten der (Sozial-) Pädagogik mit dem Studienschwerpunkt "interkulturelle Arbeit".

Quelle: CA P / ity

E5/01-1: Ifa-Literaturliste Polen

Wie erinnerlich, war das Schwerpunktthema der Frankfurter Buchmesse, im vergangenen Jahr Polen. Das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) hat eine kommentierte Literaturzusammenstellung der hauseigenen Bibliothek zu Konzepten, Maßnahmen und Trägern der deutsch-polnischen Kultur- und Wissenschaftsbeziehungen vorgelegt. Die Literaturliste, deren Titel auch alle in der ifa-Bibliothek in Stuttgart ausleihbar sind, kann gegen eine Schutzgebühr von DM 10,- beim ifa bestellt werden.

Kontakt: Ifa-Bibliothek, Tel: 07 11 / 22 25, Fax: 07 11 / 22 25 13 1, e-mail: bibliothek@ifa.de., Internet: www.ifa.de/b/dbpubind.htm

Quelle: ifa, Pressemitteilung/AT

E6/01-1: Themenschwerpunkt Italien – Deutschland.

Die neue Ausgabe der Zeitschrift für **Kulturaustausch** des Instituts für **Auslandsbeziehungen** (2/2000) behandelt den Themenschwerpunkt **"Italien – Deutschland. Die Kraft der Klischees"**. In Zusammenarbeit mit dem Goethe-Institut in Rom werfen deutsche und italienische Autoren, unter ihnen z.B.: die Schriftsteller Umberto Eco und Jens Petersen, der ehemalige italienische Botschafter Umberto Vattani oder der Präsident der Schering AG Giuseppe Vita, einen Blick auf Kultur, Geschichte, Politik und Wirtschaft der beiden Länder. Das Exemplar kostet DM 12,- zzgl. Porto.

Vertrieb: Institut für Auslandsbeziehungen, Postfach 10 24 63, 70020 Stuttgart, Tel.: 07 11 / 22 25-126, Fax: 07 11 / 22 25-131, e-mail: kulturaustausch@ifa.de.

E7/01-1: Broschüre zur Deutsch – Polnischen Verständigung

Deutsch-Polnische Beziehungen aus dem Bonner Raum stehen im Mittelpunkt einer vom **Sozialwissenschaftlichen Arbeitskreis Deutsch-Polnische Verständigung** veröffentlichten Broschüre. Berichte über Schul- und Universitätspartnerschaften, Aktivitäten im Rahmen von Städtepartnerschaften sowie Interviews mit in Bonn lebenden polnischen Mitbürgern bietet die 90-seitige Broschüre, die für DM 3,- bei der VHS im Bad Godesberger Rathaus, Tel.: 02 28 / 77 45 42 erhältlich ist.

E8/01-1: Christoph Pan / Beate Sybille Pfeil: Die Volksgruppen in Europa. Ein Handbuch. Ethnos Band 56. Universitäts-Verlagsbuchhandlung Wilhelm Braumüller, Wien 2000, 318 S, DM 66,-.

Doppelt so viele Völker wie Staaten in Europa. In Europa gibt es 87 Völker, die in 36 Staaten leben. Zu diesem Ergebnis kam das Südtiroler Volksgruppen-Institut. Die Autoren Christoph Pan und Beate Sybille Pfeil schließen mit ihrem Handbuch "Die Volksgruppen in Europa" die Lücke einer vollständigen Erfassung der in Europa lebenden Volksgruppen. Übersichtliche Karten, zahlreiche Tabellen und Graphiken ergänzen das Werk.

Quelle: FAZ (02.01.2001/ Klaus Natorp)

F. Aus der Forschung

F1/01-1: Das Ibero-Amerikanische Institut ist 70

Das Ibero-Amerikanische Institut in Berlin, welches im Oktober 2000 seinen 70. Geburtstag feierte, gehört zu den größten Bibliotheken ihrer Art in Europa. Mehr als 800.000 Bände und 4.000 laufende Zeitschriften sind hier zu finden. Seinen Ruf erlangt das Institut vor allem durch hochwertige Vorträge, Ausstellungen, Konzerte und Veröffentlichungen. Das IAI wurde 1930 von der preußischen Regierung nicht nur als Forschungszentrum und Bibliothek gegründet, sondern mit der Intention, ein beratender Partner der Politik und Wirtschaft zu sein. Diesen Anspruch erhebt und verfolgt das Institut bis heute. Heinrich Wefing hat in der FAZ vom 07.10.2000, S. 44, umfassend über Geschichte und Zielsetzung des Instituts informiert.

Quelle: FAZ 7.10.2000/ Elk

F2/01-1: Wissenschaftler—Austausch

Ein neues Förderprogramm zur Unterstützung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika ist von der Alexander von Humboldt-Stiftung ins Leben gerufen worden. Das "Transatlantic Science and Humanities Program" (TSHP), finanziell unterstützt durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung, die National Academy of Sciences (NAS) und die National Academy of Engineering (NAE), bringt junge Spitzenwissenschaftler der Natur- und Ingenieurwissenschaften zum interdisziplinären Gespräch in verschiedenen Symposien im Jahr 2001 zusammen. Im Jahr 2002 sollen auch Symposien für Geistes- und Sozialwissenschaftler die Veranstaltungsserie ergänzen.

In Rahmen des TSHP können sich zusätzlich auch Nachwuchswissenschaftler aus den USA für zwei neuartige Humboldt-Forschungsstipendien zwecks Post-Doc- oder Forschungs-Aufenthalt in Deutschland bewerben.

Geistes- und Sozialwissenschaftler beider Länder werden dagegen über das Transco-

op-Stipendienprogramm der Humboldt-Stiftung gefördert.

Quelle: AvH-Mitteilungen 76/2000

F3/01-1: Grenzenlos studieren

Ein Beispiel für europäisches Handeln bietet das Projekt der oberrheinischen Universitäten der französisch-schweizerisch-deutschen Grenzregion. Die Universitäten Karlsruhe, Freiburg, Straßburg, Mulhouse und Basel haben sich schon seit 1989 in der "Europäischen Konföderation der Oberrheinischen Universitäten", kurz Eucor, zusammengeschlossen. Studenten dieser Universitäten können an sämtlichen Lehrveranstaltungen der angeschlossenen Universitäten teilnehmen und ihre Studienleistungen anerkennen lassen. Dabei können die Studenten auch die unterschiedlichen Studiensysteme kennenlernen und nutzen.

Neben dem Austausch bieten die Universitäten aber auch grenzüberschreitenden Seminare und Forschungsprojekte an und hat seine Universitätsbibliotheken zusammengeschlossen. Eine Suchmaschine für den gesamten Bestand der Oberrheinbibliotheken ermöglicht das problemlose Recherchieren im gesamten Bibliotheksbestand.

Quelle: FAZ 6.1.2001, S. 59

G. Networking

G1/01-1: Die Kontaktdatenbank *trialog* ist eingerichtet

trialog ist ein "Projekt", von 2000 bis 2002, zur Förderung des Bewußtseins über die Nord-Süd Thematik im Rahmen der Erweiterung der Europäischen Union, ansässig in A-1090 Wien, Türkenstr.3. Zielgruppe sind die sogenannten "Kandidatenländer", v.a. prospektive Beitrittsländer in Ostmitteleuropa. *trialog* will mithelfen, ein Netzwerk mit Partnerorganisationen in diesen Ländern aufzubauen, und zur Vertiefung des Austausches zwischen interessierten Organisationen und Personen aus diesen Ländern und den EU-Mitgliedstaaten beitragen. Die Perspektive ist eine doppelte: erstens sollen **zivilgesellschaftliche Strukturen** im Prozess der Schaffung eines gemeinsamen Europas gestärkt werden; zweitens soll dieses zivilge-

sellschaftliche Europa dazu gebracht werden, sich zur Förderung der nachhaltigen wirtschaftlichen, sozialen und demokratischen **Entwicklung in Afrika, Asien und Lateinamerika** zu bekennen und zu dieser beizutragen. *Nur auf der Basis gemeinsamer Interessen und eines gemeinsamen Engagements können wir dem Ziel einer Welt, die auf Gerechtigkeit, Gleichheit, Demokratie und Frieden gebaut ist, näherkommen*, hieß es im **Wiener Appel** von November 1998.

Der Sozialwissenschaftliche Studienkreis für internationale Probleme e.V. ist bei *trialog* registriert.

Kontakt: www.clong-trialog.at

G2/01-1: Haus der Begegnung

Eine bunte Mischung verschiedener Nichtregierungsorganisationen und Bürgerrechtsgruppen unter einem gemeinsamen Dach finden sich im neu eröffneten "**Haus für Demokratie und Menschenrechte**" in Berlin, Prenzlauer Berg, Greifswalder Str. 4.

Das Haus soll ein Ort der Begegnung werden und die gegenseitige Kommunikation der Gruppen fördern. Unter den Mietern befinden sich bekannte Gruppen wie Amnesty International, die Humanistische Union oder die "Gesellschaft für bedrohte Völker". Auch das "Forum Bürgerbewegung", der Journalistinnenbund oder das "Komitee zur Unterstützung der politischen Gefangenen im Iran" haben ihren Sitz in der Greifswalder Straße.

Quelle: FAZ(13.09.2000)

G3/01-1: Neue Spitze bei der SID Bonn e.V.

Die Mitgliederversammlung bei der Society for International Development (SID) Bonn e.V. hat am 17.Dezember als Nachfolger von Dr. Holtz Herrn Dr. Günter Oldenbruch (vormals Abteilungsleiter bei der DSE in Bad Honnef) gewählt. Die Geschäftsführung übernahm Dr. Thomas Lawo von der European Association of Development Institutes (EADI, Kaiser-Friedrich-Str. 11, 53113 Bonn, Tel: 02 28 / 26 18-101, Fax: 02 28 / 26 18-103).

Quelle: DWO

G4/01-1: 23. SID-Kongreß vom 01.-04. Juni 2001 in Arnsha/Tansania

Der alle drei Jahre stattfindende internationale Kongreß der Society for International Development (SID p.a. EAD) in der Kaiser-Friedrich-Str. 1, 53113 Bonn, Tel: 02 28 / 261 81 01, Fax: 02 28 / 261 81 03) wird im Jahr 2001 in Arnsha/Tansania stattfinden und die Arbeit der letzten Versammlung auf der EXPO in Hannover fortsetzen sowie den neuen Aufsichtsrat (Council) vorstellen. Zum Präsidenten wurde für 2000-2003 Dr. Enrique Iglesias (Uruguay) gewählt, Professor und Bankpräsident, der bereits von 1988-1991 SID-Präsident war.

Quelle: DWO

G5/01-1: Älteste deutsche Austauschorganisation

Der Verein "Experiment", eine "Vereinigung für praktisches Zusammenleben der Völker" mit Sitz in Bad Godesberg, vermittelt schon seit 1932 überwiegend Jugendliche an Gastfamilien in aller Welt. Ebenso arbeitet die gemeinnützige Austauschorganisation mit dem Europäischen Freiwilligendienst und mit dem Stipendienprogramm des Parlamentarischen Partnerschaftsprogramms zusammen. Auch die Vermittlung von Au-Pairs sowie ein Seniorenprogramm gehören zu den Bereichen von Experiment. In Deutschland boomt die Branche der Austauschorganisationen. Inzwischen gibt es 68 – Tendenz weiter steigend. Grund für diesen Boom ist sicher im Interesse der Deutschen an Auslandserfahrungen. Im Vergleich zu den großen Vermittlungszahlen für Deutsche ins Ausland, ist die Zahl der ausländischen Gäste niedriger. Diese Differenz könnte einerseits Gründe in der Schwierigkeit der deutschen Sprache haben, aber auch die geringe Bereitschaft als ehrenamtliche Gastfamilie zu dienen sowie die Nachrichten über zunehmende Ausländerfeindlichkeit, sind zusätzliche Faktoren.

Adresse: Experiment, Friesdorfer Str. 194a, Bad Godesberg, Tel.: 02 28 / 95 72 20.

Quelle: Bonner Generalanzeiger (21.12.2000/ F. Tabbert)

G6/01-1: Verein für angewandte Konfliktforschung e.V.

Seit seiner Gründung im Januar 1995 hat sich der VAK e.V. in Berlin die Aufgabe gestellt, auf dem Gebiet der Konfliktforschung wissenschaftliche Arbeit zu fördern und wissenschaftliche Kenntnisse zu verbreiten und anzuwenden. Schwerpunkt ist die Erforschung von politischen und sozialen Konflikten im deutschen Einigungs- und europäischen Integrationsprozess. Der VAK e.V. ist auch Träger der seit Dezember 1992 bestehenden Forschungsstelle für historische und sozialwissenschaftliche Studien und gibt die Hefreihe "Konfliktforschung Aktuell" heraus.

Kontakt: Verein für angewandte Konfliktforschung e.V., Allee der Kosmonauten 32, 12681 Berlin, Fon/Fax: (030) 5 40 01 20

G7/01-1: Deutsch-Britische Stiftung für Akademiker

Vom Jahr 2002 an will die Stiftung "Temple Gift" britischen Akademikern und Berufsanfängern einen Aufenthalt in Deutschland durch Stipendien mit jährlich 60 000 - 80 000 DM ermöglichen. Zunächst sollen die Stipendien nur an Briten, später aber möglicherweise auch an Deutsche vergeben werden. Die Stipendien sind nach Helmuth James Graf von Moltke, einem Mitglied des deutschen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, benannt.

Quelle: FAZ (9.2.2001)

G / V. Veröffentlichungen

G8/01-1: Adressverzeichnis Globales Lernen

Die World University Service (WUS) Informationsstelle Bildungsauftrag Nord.Süd plant für März 2001 die aktualisierte Neuauflage des 1999 erstmals erschienenen annotierten Adressverzeichnis "Kooperation und Vernetzung für Globales Lernen".

Die Publikation bietet eine Übersicht über die vielfältigen finanziellen, bildungspolitischen, pädagogischen und informativen Ressourcen und potentielle aus dem Bereich Globales Lernen.

Die kommentierten Adressen sind gegliedert nach Europäischer Ebene, Bundesebene und Ebene der Bundesländer. Ebenso werden den einzelnen Einrichtungen und Institutionen jeweilige Themenschwerpunkte und Aufgabenfelder zugeordnet.

Kontakt: World University Service, Deutsches Komitee e.V., Goebenstr. 35, 65195 Wiesbaden, Fax: 0611 / 44 64 899, eMail: wusgermany@al.com, www.zu-darmstadt.de/wusgermany.

Quelle: WUS, Anlage 5

I. Internationale Tourismuspolitik

I1/01-1: Kongreß der *Europäischen Gesellschaft für Freizeit* in Amsterdam

Die ELRA – *European Leisure and Recreation Association* – führt vom 18. bis 22. April 2001 in Amsterdam ihren 12. Kongreß durch. Titel: **Kulturelle Events und Freizeit-Systeme. Sinn für Identität und für Raum.**

Das Thema behandelt die Frage, inwieweit kulturelle Ereignisse ein integrales Element von Freizeitplanung darstellen. Das Ziel des "Amsterdam-Konzeptes" ist, wie es in der Kongreß-Broschüre heißt, die Sicherung eines übergreifenden Freizeit-Systems und damit ein Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität in Großstädten wie auf dem platten Land. Die Veranstalter, das organizing committee an der Hogeschool Holland, PO Box 261, NL-1110 AG Diemen, wollen mit Exkursionen und Stadtspaziergängen dafür sorgen, daß Amsterdam auch ein Beitrag zur Lebensqualität der Kongreßteilnehmer wird.

Kontakt: Tel. 0031 / 20 / 495 15 13; Fax -495 19 20; eMail ELRA@hsholl.nland

J. Jugendpolitik

J1/01-1: Skeptische Jugend in Ostdeutschland – 14. Befragung aus Leipzig

Die Leipziger "Forschungsstelle Sozialanalysen" des Meinungsforschers **Peter Förster** führt seit 1987 Befragungen ostdeutscher Jugendlicher durch. 1999 zeigte sich bei

einer Befragung von Schülern an 71 Schulen, dass nur 7% der 397 Befragten sich mit der Bundesrepublik politisch verbunden fühlen. Nach dem Urteil der Schüler werde es noch 15 Jahre dauern, bis ein gleicher Wohlstand zwischen Ost und West hergestellt sei. Ihrer Meinung nach sei in der DDR "vieles besser" gewesen und die soziale Sicherheit größer. Besonders ein Befund gibt Anlass zum Nachdenken: Nur noch 9% sind bereit, sich politisch zu engagieren, während es 1990 noch 40% waren.

Quelle: DWO

J / V. Veröffentlichungen

J2/01-1: Europa neu gestalten

Mit den Konturen eines neuen Europas am Anfang des 21. Jahrhunderts beschäftigt sich der nun in neubearbeiteter und aktualisierter Auflage erhältliche Materialienband **"Europa neu gestalten" – Die Europäische Union zwischen Vertiefung und Erweiterung.** Die sowohl als DINA4-Ringbuchordner als auch auf CD-Rom vorliegenden Materialien der Autoren Stefan Rappenglück und Bernd Stegmann, bieten neben Informationen zur Fragestellung auch Methoden zur Vermittlung des Themas an. Anhand eines Planspiels mit bestimmten Rollenprofilen, können die Teilnehmer in die Rolle eines gestaltenden Akteurs der Europa-Politik schlüpfen. Entscheidungen und Interessenszusammenhänge in der EU werden so für die Beteiligten greifbarer und durchschaubarer. Herausgegeben wird der Band vom **Centrum für angewandte Politikforschung (C.A.P.)** der Ludwig-Maximilians-Universität München in der Reihe **"Materialien der Forschungsgruppe Jugend und Europa"** und kostet DM 53,-- zzgl. Versand.

Bestellungen an: Forschungsgruppe Jugend und Europa, Centrum für angewandte Politikforschung (CAP), Geschwister.Scholl-Institut für Politische Wissenschaft, Ludwig-Maximilians-Universität München, Maria-Theresia-Str. 21, 81675 München
Tel.: 089 / 2180-1340, Fax: 089 / 2180-1341, e-mail: fgi@lrz.uni-muenchen.de, Internet: www.cap.uni-muenchen.de.

M. Migration und Ausländerpolitik

M1/01-1: Rüttgers, CDU (NRW), schwenkt um

Nicht mehr "Kinder statt Inder", keine "deutsche Leitkultur" mehr! Jürgen Rüttgers startete am 19.2. eine "integrationspolitische Offensive" und tat im Saal der CDU-Landtagsfraktion unter anderem kund, daß die hier wohnenden und nach Deutschland kommenden Ausländer *die hier gewachsene Kultur bereichern* und daß die CDU während ihrer 16jährigen Regierungszeit zu wenig für die **Integration der ausländischen Mitbürger** getan habe. Man glaubt es kaum.

Rüttgers hatte die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Marieluise Beck (Grüne), zum Hauptreferat eingeladen. Diese trug die Position der Bundesregierung vor und forderte dabei eine **interkulturelle Erziehung** in den Schulen, damit Kinder frühzeitig lernen, *den Wert dessen zu erkennen, was andere mitbringen*.

Quelle: FR (20.2.2001), S.5 / AT

M2/01-1: Konzepte der Parteien zur Förderung der Integration

Noch bevor die vom Bundesinnenminister berufene Zuwanderungskommission unter Vorsitz von Rita Süßmuth im Sommer ihre Empfehlungen zur Integrationsförderung von ausländischen Zuwanderern vorlegen konnte, hat die Regierungskoalition und Opposition ihre Entwürfe für ein Integrationsgesetz vorgestellt.

Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung Marieluise Beck (Bündnis 90/ Die Grünen), lehnte ihren Entwurf an das Niederländische Vorbild an. Es sollen zwischen Zuwanderern und den deutschen Behörden sogenannte "Integrationsverträge" geschlossen werden. Anhand von Gutscheinen steht dem Zuwanderer dann ein Recht auf Eingangsberatung, Berufsberatung sowie 3 Sprachkurse zu je 200 Stunden, das ist ein 6-monatiger Vollzeitkurs, zu. Die erfolgreiche Nutzung dieses Angebots führe dann zu einer Erleichterung oder kürzerer Wartezeit beim Erlangen der Aufenthaltserlaubnis bzw. der deutschen Staatsbürgerschaft.

Der Baden-Württembergische Gesetzentwurf, den die Union vorlegte, sieht dagegen neben einem allgemeinen Integrationsprogramm, einen durch die Zuwanderer selbst zu finanzierenden Deutschunterricht von 720 Pflichtstunden mit anschließender Prüfung vor. Bei Nichtteilnahme bzw. erfolgloser Teilnahme an diesem Kurs, soll die Aufenthaltserlaubnis nach einem Jahr nicht verlängert werden.

Quelle: FAZ (13.12.2000 u. 19.12.2000)

M3/01-1: Prognose des Zentrums für Türkeistudien: Einbürgerung türkischstämmiger Migranten

Nach der Prognose des Zentrums für Türkeistudien werden in Kürze ein Drittel der erwachsenen Türkischstämmigen in Deutschland die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes waren Ende 1999 rund 337.800 türkischstämmige Migranten eingebürgert. Dies sind ca. ein Viertel aller rund 1,4 Mio. erwachsenen türkischstämmigen Migranten. Der Trend zur Einbürgerung ist zunehmend. Die Prognose für das Jahr 2001 geht von 150.000 weiteren Einbürgerungen aus.

Das Zentrum für Türkeistudien führte im Sommer 2000 eine repräsentative Befragung unter 1000 türkischstämmigen Migranten in NRW durch. Nach eigenen Angaben erfüllen 77 % der bisher noch nicht eingebürgerten Migranten die Voraussetzungen zur Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit.

30 % gaben an, die deutsche Staatsbürgerschaft beantragen zu wollen, 14 % waren noch unsicher und 8% hatten den Antrag bereits gestellt. Aufgrund dieser Zahlen, kann man davon ausgehen, dass bald knapp ein Drittel der erwachsenen türkischstämmigen Migranten Deutsche sein werden. Dazu müssen dann auch die jährlich rund 50.000 neugeborenen Kinder türkischstämmiger Eltern hinzu gezählt werden.

Kontakt: Zentrum für Türkeistudien, Institut an der Universität GH Essen, Eltendorfer Str. 3, 45127 Essen, Tel.: 02 01 / 31 98-0, Fax: 0201 / 31 98-333, email: zft@uni-essen.de, Internet: www.zft-online.de

Quelle: Presseninfo des ZFT

M4/01-1: Sadako Ogata geht

Die UN-Hochkommissarin für Flüchtlinge hat Ende Dezember die Leitung des UNHCR, die sie zehn Jahre inne hatte, an den Niederländer Ruud Lubbers abgegeben.

Auf ihrer Abschiedsreise gab sie in Deutschland noch einige grundsätzliche Äußerungen ab. Sie warnte davor, im Zuge der Angleichung europäischen Rechts das Asylrecht zu beschneiden. Unter anderem plädierte sie für eine Kombination aus Immigration (evtl. quotengesteuert) und Formen individuellen Flüchtlingsschutzes. Um sicherzustellen, daß Ausländer und Inländer, z.B. Deutsche und Flüchtlinge harmonisch zusammenlebten, müsse jedes Asylrecht in einen größeren gesellschaftspolitischen Zusammenhang eingebettet werden. Es ist für sie essentiell, am individuellen Anspruch auf Flüchtlingsschutz festzuhalten.

Quelle: FAZ (27.11.2000)

M5/01-1: Green Card

Hochqualifizierte ausländische Arbeitnehmer sind nicht einfach so zu ködern, daß man mit der deutschen "green card" wedelt. Von der 10.000er-Auflage, die als Startangebot gedacht war, sind bis jetzt wenig mehr als 5.000 abgenommen.

Quelle: FR (20.2.2001).

M6/01-1: Asyl-Gesetze und -Praxis in Osteuropa

Die Nummer 4 (2000) der österreichischen Zeitschrift "Ost-West-Gegeninformationen", die sich mit Problemen der Transformation in Ost- und Südosteuropa beschäftigt, ist dem Thema Asyl gewidmet.

Aufsätze von Kristina Nauditt über: Asylsuchende: Vor den Toren der Europäischen Union, Tania Marinceska über Bulgarien: Anpassungen an die Asyl- und Einwanderungspolitik der EU und Beat Leuthardt über Litauen: Europas neuer Pfortner? Die deutsche Forschergruppe *Flucht und Migration* ist mit einem Artikel über die Tschechische Republik vertreten: Anpassung an die Festung Europa. Im Anhang der Zeitschrift befindet sich Tagespolitisches aus Jugoslawien, Montenegro und Kosovo von Radoslav Pavlovic, Martin Prochazka und Mladen Latic (ArbeiterInnen und Jugendliche stürzen

Milosevic; Kosovo nach den Wahlen, Jugoslawien – Montenegro: Gemeinsam oder getrennt?) sowie internationale und EU-Konventionen über Asyl.

Kontakt: Ost-West-Gegeninformationen, Abteilung für Südosteuropäische Geschichte, Universität Graz, Mozartgasse 3, A-8010 Graz, email: ostwest@gewi.kfunigraz.ac.at

Quelle: H-NET Liste für Sozial- und Kulturgeschichte (H-SOZ-U-KULT@H-NET.MSU.EDU)

M7/01-1 Interreligiöser Dialog

Die Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) hatte am 23. Februar 2001 in ihrer Zentrale in Köln-Nippes zu einem Symposium zum Thema "Fremdenfeindlichkeit in Deutschland" eingeladen. Dabei diskutierten die Teilnehmer vor allem über die Integration der Moslems in Deutschland. Muslime. Das Kernproblem in der Beziehung zwischen der muslimischen Minderheit und der deutschen Mehrheit ist das gegenseitige Mißtrauen und ein fehlender Dialog. Die Muslime in Deutschland haben Probleme ihre eigene – auch religiöse – Identität zu finden. Die Deutschen wissen nicht, was sie von den Muslimen zu erwarten haben, und fürchten sich vor einer islamisch-extremistischen Front. Eine Chance könnte ein offener interreligiöser Dialog bieten, der über bessere Informationen und gegenseitiges Kennenlernen Vorurteile auf beiden Seiten abbauen könnte. Diese Meinung vertritt auch Dirk Christian Siedler, Geschäftsführer der Arbeitsstelle "Interreligiöses Lernen" an der Universität Duisburg: Er plädiert für die Einrichtung eines islamischen Lehrstuhls in Deutschland und für muslimischen Religionsunterricht in deutscher Sprache, um einen in Deutschland kulturell verankerten Islam aufzubauen.

Quelle: Bonner Generalanzeiger (26.2.2001, S.4), / Elk

M / V. Veröffentlichungen

M8/01-1: Angeworben – eingewandert – abgeschoben. Ein anderer Blick auf die Einwanderungsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland. Hrsgg.: Katja Dominik / Marc Jünemann / Jan Motte (Münster: Westfälisches Dampfboot 1999)

Der Band ist im Auftrag der Geschichtswerkstatt Göttingen herausgegeben worden.

M9/01-1: UNHCR-Report 2000. Zur Lage der Flüchtlinge in der Welt. 50 Jahre humanitärer Einsatz. Hrsg: Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen. Dietz Verlag, Deutsche Erstausgabe, 1. Auflage 2000, 344 S., DM 36,-, ISBN: 3-8012-0298-4.

N. Nachrichten von unseren Mitgliedern

... vielmehr:

Mitglieder, über die wir keine Nachrichten mehr haben

Im Laufe der vergangenen Jahre sind uns einige Mitglieder abhanden gekommen, die ihre Adresse geändert haben, ohne dies der Geschäftsstelle mitzuteilen:

Suchdienst

Wer weiß etwas über den Aufenthalt folgender Personen (letzte Anschrift) ?

Dr. Michael Gumtau, 361 66 / Haunetal 1
Irene Dause, 341 27 / Gottschalkstr.

N1/01-1: Was kann ein SSIP-Mitglied gegen Rechtsradikalismus tun?

(zu B1/00-3 DWO/AT)

Auf die spitze Frage, die nicht unprovokierend im letzten Heft plazierte war, hat SSIP-Mitglied Prof. Dr. **Alexander Thomas** rundheraus geantwortet: "Demonstrieren – Kerze anzünden – sich seiner Arbeit widmen!".

Drei seiner weiteren Überlegungen seien den Lesern nicht vorenthalten. Er moniert zunächst den in der politischen Sprache nachlässig verwendeten Ausdruck "gewaltbereite Skins", weil dieser in Wirklichkeit **verharmlosend** sei. Tatsächlich warten die rechtsradikalen Schläger nicht auf Gelegenheiten; sie suchen sie, um Gewalt auszuüben. Was die politische Diskussion über Rechtsradikalismus angeht, mahnt Thomas, sie als politische zu führen, d.h. sie ernst zu nehmen, sie z.B. gerade nicht "aus Wahlkämpfen herauszuhalten", sondern als kontroverses Thema im Bewußtsein der breiten Öffentlichkeit zu halten. SSIP-Mitglieder könnten aus ihrem Sachverstand heraus durchaus Konzepte und Methoden entwick-

keln, wie man langfristig die Themen "Rechtsradikalismus" und "Internationalisierung unserer Gesellschaft" medienwirksam thematisiere. Drittens hebt Thomas hervor, daß sich bei den *gewaltinteressierten rechtsradikalen Gruppierungen Mitglieder aus allen Bevölkerungsschichten* einfinden. Nicht etwa sei es so, daß sich der liberale Bürger und der rechtsradikale Gewalttäter wie die Vertreter zweier Welten gegenüberstünden. Siehe dazu auch: A2/01-1.

N2/01-1: Diaspora afrikanischer Christen in Europa

Dr. **Roswith Gerloff**, unser Mitglied in Leeds, macht diejenigen, die an diesem Thema interessiert sind, auf das Heft der International Review of Mission (IRM) 89, 354 aufmerksam. Das Heft steht unter dem Thema *Open space: The African Christian Diaspora in Europe and the Quest for Human Community*. Das Heft kann bezogen werden über:

Kontakt: Ms. Malise Freidig (eMail: mhf@wcc-coe.org).

N3/01-1: Bundeswehr in internationalen Einsätzen – eine Reaktion auf unseren Beitrag im vorigen Heft (E1/00-3: DWO/AT)

Anlässlich der Meldung, „Deutschland hält für UN-Einsätze Personal und Gerät bereit“, hatten wir gefragt: „Und wo bleibt das Training interkulturellen Verständnisses bei den Soldaten?“

Bernd Leber, SSIP-Mitglied, erarbeitet als Consultant im Rahmen seines Trainings- und Beratungsbüros *proMig – migration - entwicklung - planung* allgemeine und spezielle Trainingsmodule zur Vorbereitung von Soldaten auf Einsätze im Ausland, insbesondere im Kontext multinationaler Verbände (SFOR, KFOR, UN-Blauhelme etc.). Mit dem Erfahrungshintergrund etlicher Einsätze in Konflikt- und Nachkonfliktsituationen, wo zivile und militärische Organisationen zusammenarbeiten (UN-inter-agency-Operationen im Irak, Mosambik und Angola, UN-ECOWAS-Kooperation in Liberia, SFOR / EU-Kooperation in Bosnien etc.) antwortet er:

Bei diesen Einsätzen "sind interkulturelle Kompetenz (vor allem bei Offizieren) sowohl für Kommandeurs- und Führungsaufgaben innerhalb der nicht selten 20 und mehr Na-

tionen umfassenden internationalen Verbände als auch in Bezug auf das (in der Regel konfliktive) nationale Umfeld der Einsatzregion notwendig. Außerdem stellt auch die Kooperation zwischen Militärverbänden und zivilen Organisationen (einschließlich der zahlreichen NROs im Bereich von Nothilfe und Nachkonflikt-Intervention) besondere Anforderungen an eine Harmonisierung unterschiedlicher Management-Kulturen dar."

Hier sieht Bernd Leber, dem wir für seine Intervention auf unseren Artikel herzlich danken, **Aufgaben für interessierte Kollegen** aus dem SSIP-Umfeld, die sich an Entwicklung und Durchführung geeigneter Trainingsmodule beteiligen wollen. Diese sind hierbei willkommen. Es tut sich was!

Kontakt: leber.herkenhoff@t-online.de

.....Tagungskalender.....

Datum Ort	Titel	Kontakte
09.-11.Mär.2001 Berlin	Einsatz für den Frieden – Erfahrungen mit ziviler Konfliktbearbeitung, humanitärer Hilfe und militärischem Beitrag	Evangelische Akademie zu Berlin, AGDF, Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (ASF) Kontakt: Marcus Götz-Duerlin, Ev. Akademie, Tel.: 030 / 20 355-411
14.-15.Mär. 2001 Köln	Training für interkulturelle Kompetenz	CDG (s. Meldung E4/00-3)
30.März-01.April 2001 Berlin	Spaltet uns die europäische Integration?	Veranstalter: Evangelische Akademie zu Berlin Kontakt: Ludwig Mehlhorn, Tel.: 030 2 03 55-508, email: mehlhorn@eaberlin.de, oder Ulrike Poppe, Tel.: 030 / 2 03 55-503, email: poppe@eaberlin.de
05.April 2001 Berlin	Jour fixe "Erinnerung und Interkulturalität"	Veranstalter: Evangelische Akademie zu Berlin Kontakt: Dr. Rolf Hanusch, Ev. Akademie, Tel.: 030 / 2 03 55-505, email: hanusch@eaberlin.de
09.-10.Apr. 2001 Berlin	Zusammen in getrennten Welten? Zur Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund	Veranstalter: Evangelische Akademie zu Berlin, Charlottenstr. 53/54, 10117 Berlin, Tel. 030/20355-500, e-mail: akademie@eaberlin.de; www.eaberlin.de Kontakt: Marcus Götz-Guerlin; goetz@eaberlin.de
18.-20.Apr. 2001 Tutzing	Die Osterweiterung der EU – Welchen Weg geht Polen?	Veranstalter: Europäische Akademie Bayern Kontakt: email: info@europaische-akademie.de
23.April 2001 Berlin	Forum Deutschland – Polen - Europa	Veranstalter: Evangelische Akademie zu Berlin Kontakt: Ludwig Mehlhorn, Ev. Akademie, Tel.: 030 / 2 03 55-508, email: mehlhorn@eaberlin.de
27.-29.Apr. 2001 Iserlohn	Friedensfachdienst ist machbar – Zur Evaluation von Projekten des Zivilen Friedensdienstes	Veranstalter: Evangelische Akademie Iserlohn, AGDF und Forum Ziviler Friedensdienst Kontakt: Uwe Trittman, Ev. Akademie, Tel.: 02 37 / 13 52 183

03.Mai 2001 <i>Berlin</i>	Jour fixe "Erinnerung und Interkulturalität"	Veranstalter: Evangelische Akademie zu Berlin Kontakt: Dr. Rolf Hanusch, Ev. Akademie, Tel.: 030 / 2 03 55-505, email: hanusch@eaberlin.de
05.-07.Mai 2001 <i>Fronhausen</i>	Moderation von Gruppendiskussionen	Kontakt: Michaela Beersiek, Heiko Lühsen, Kerstin Thürnaus. Veranstalter = Internationale Jugendgemeinschaftsdienste (IJGD) Hildesheim
09.-11.Mai 2001 <i>München</i>	Deutsch-Französische Partnertagung	Veranstalter: Europäische Akademie Bayern Kontakt: info@europäische-akademie.de
14.-15.Mai 2001 <i>Berlin</i>	Rechtliche Regelung der Entsendung von Freiwilligen ins Ausland	Veranstalter: Evangelische Akademie zu Berlin, AGDF und Arbeitskreis Helfen und Lernen in Übersee Kontakt: Marcus Götz-Guerlin, Ev. Akademie, Tel: 030 / 20 355-411
18.-20.Mai 2001 <i>Berg-Leoni</i>	Massenflucht nach Europa – ein Planspiel	Veranstalter: Europäische Akademie Bayern Kontakt: info@europäische-akademie.de
18.-20.Mai 2001 <i>Würzburg</i>	Deutsche Asylpolitik in der Europäischen Union	Veranstalter: Akademie Frankenwarte Kontakt: Thea Kühne, Tel. 09 31 / 80 464-10
25.-27.Mai 2001 <i>Würzburg</i>	2 Jahre rot-grüne Afrika-Politik: Partnerschaft oder Ignoranz?	Veranstalter: Akademie Frankenwarte Kontakt: Thea Kühne, 09 31 / 80 464-10
25.-27.Mai 2001 <i>Berlin</i>	Comparative Perspectives on Ethnic Minorities in Twentieth Century	Humboldt-Universität siehe Beitrag F2/00-3
07.Juni 2001 <i>Berlin</i>	Jour fixe "Erinnerung und Interkulturalität"	Veranstalter: Evangelische Akademie zu Berlin Kontakt: Dr. Rolf Hanusch, Ev. Akademie, Tel.: 030 / 2 03 55-505, email: hanusch@eaberlin.de
08.-10.Juni 2001 <i>Würzburg</i>	Asylpolitik und Flüchtlingsarbeit	Veranstalter: Akademie Frankenwarte Kontakt: Thea Kühne, Tel. 09 31 / 80 464-10
15.-17.Juni 2001 <i>Alfeld</i>	Methoden für die Gestaltung von Gruppenprozessen	Kontakt: Silke Sauer, Lore Steiner, Ute Karl. Veranstalter = Internationale Jugendgemeinschaftsdienste (IJGD) Hildesheim
22.-24.Juni 2001 <i>Berg-Leoni</i>	Das Eigene und das Fremde – Zum Verhältnis zwischen Nichtjuden und Juden in Deutschland	Veranstalter: Europäische Akademie Bayern Kontakt: info@europäische-akademie.de
25.-26.Juni 2001 <i>Berlin</i>	50 Jahre Genfer Flüchtlingskonvention	Veranstalter: Evangelische Akademie zu Berlin Kontakt: Dr. Rolf Hanusch, Ev. Akademie, Tel.: 030 / 2 03 55-505, email: hanusch@eaberlin.de
28.Juni 2001 <i>Berlin</i>	Forum Deutschland – Polen - Europa	Veranstalter: Evangelische Akademie zu Berlin Kontakt: Ludwig Mehlhorn, Ev. Akademie, Tel.: 030 / 2 03 55-508, email: mehlhorn@eaberlin.de
05.Juli 2001 <i>Berlin</i>	Jour fixe "Erinnerung und Interkulturalität"	Veranstalter: Evangelische Akademie zu Berlin Kontakt: Dr. Rolf Hanusch, Ev. Akademie, Tel.: 030 / 2 03 55-505, email: hanusch@eaberlin.de

07.Juli 2001 <i>Berlin</i>	Rumänien – auf dem Weg nach Europa?	Veranstalter: Evangelische Akademie zu Berlin Kontakt: Ludwig Mehlhorn, Ev. Akademie, Tel.: 030 / 2 03 55-508, email: mehlhorn@eaberlin.de
21.7.- 18.Aug.2001 <i>Den Haag</i>	Negotiation and Conflict Resolution	Kontakt: IIMCR: http://www.iimcr.org Kosten: 4.000 \$
02.-09.Sept.2001 <i>Siebenbürgen / Studienreise</i>	Begegnung mit der Evangelischen Akademie Hermannstadt und dem Protestantischen Forum Budapest	Veranstalter. Evangelische Akademie zu Berlin Kontakt: Ludwig Mehlhorn, Ev. Akademie, Tel.: 030 / 2 03 55-508, email: mehlhorn@eaberlin.de
18.Sept. 2001 <i>Berlin</i>	Forum Deutschland – Polen – Europa	Veranstalter: Evangelische Akademie zu Berlin Kontakt: Ludwig Mehlhorn, Ev. Akademie, Tel.: 030 / 2 03 55-508, email: mehlhorn@eaberlin.de

.....Auch das noch.....

Ein rot-grün-gelbes Band im Haar

Rot—grün—gelb ist – wer es noch nicht wußte – das Symbol der PKK. Ausgerechnet einen Zopf in diesen Farben mußte die Abgeordnete der Grünen, Angelika Beer, bei einem Besuch der Verteidigungsexperten des Bundestages in der Türkei tragen. Als Frau Beer das Band auch nach mehrfacher Aufforderung seitens der türkischen Gastgeber nicht abnahm, brachen diese die Unterredung ab. An einem weiteren Treffen nahm die Grüne dann nicht mehr teil.

Hier liegt offensichtlich ein Fall ungenügender interkultureller Sensibilisierung vor.

In der Sprache der Politik interkulturellen Handelns: Was wiegt nun schwerer — das unumschränkte demokratische Recht der freien Meinungsäußerung oder interkulturell sensibilisierte Rücksichtnahme?

Quelle: Berl.Ztg. (1.2.2001), S.10 / AT